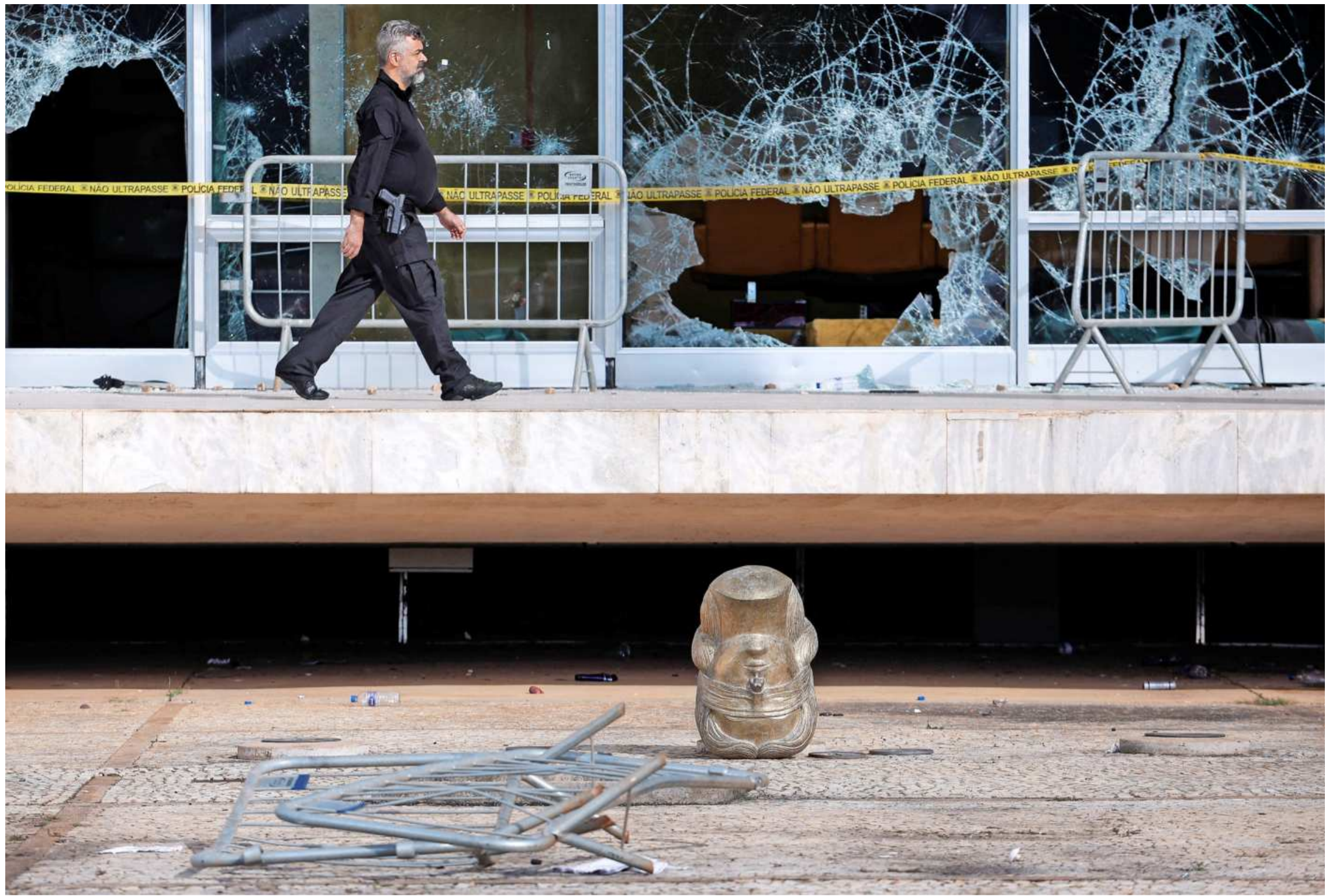


Gilmar Mendes ist einer der Ersten an diesem Tag. Auf dem großen Besprechungstisch in seinem Büro steht noch unangetastet das Frühstück auf einem Teller. Ein Angestellter bringt Kaffee. Mendes öffnet eine Tür zur begrünten Terrasse, die an sein Büro im Dachgeschoss des Obersten Gerichtshofes von Brasilien grenzt. Von dort aus lässt sich ein kleines Stück des Platzes der Drei Gewalten sehen, der sich zwischen Gerichtsgebäude, Regierungspalast und dem Kongress erstreckt. Die vom Architekten Oscar Niemeyer entworfenen Bauten, die das Regierungsviertel von Brasília prägen, atmen Zeitlosigkeit und Ruhe. Doch sie haben viele Präsidenten, Richter und Politiker kommen und gehen gesehen, eine Militärdiktatur überstanden, die Wiederdemokratisierung, zwei Amtsenthebungen, etliche Demonstrationen und unzählige Skandale, von denen man wohl nur einen Bruchteil kennt. Und sie haben den 8. Januar 2023 erlebt, als Hunderte von radikalen Anhängern des früheren Präsidenten Jair Bolsonaro das Regierungsviertel stürmten, in die Gebäude am Platz der Drei Gewalten eindrangen und kurz und klein schlugen, was sie zu fassen bekamen.

Mendes erinnert sich genau an den Tag, so wie alle Brasilianer. Er hatte an Neujahr an der Amtseinführung von Präsident Luiz Inácio Lula da Silva und zwei Tage später an der Beisetzung seines verstorbenen Freundes Pelé teilgenommen und war dann nach Portugal gereist. Als ihn die Nachrichten aus Brasília erreichten, saß er beim Mittagessen mit einem portugiesischen Kollegen vom Europäischen Gerichtshof. „Wir sprachen gerade darüber, wie friedlich der Regierungswechsel verlaufen war“, erinnert sich Mendes. Er sei perplex gewesen. Nicht, weil man eine Eskalation wie diese nicht erwartet hätte. „Es hatte schon zuvor Demonstrationen und Drohungen gegen die Institutionen gegeben. Die Überraschung war, dass so etwas nach der Amtsübergabe geschehen konnte und nicht verhindert worden war.“ Mendes besorgte sich umgehend ein Flugticket nach Brasília und reiste zurück. Als er ankam, ging er direkt zum Plenum des Obersten Gerichtshofes. Es war zerstört. Statuen lagen auf dem Boden, die Sessel waren zerrissen, in den Räumen stand Wasser, alles lag herum, der Strom war ausgefallen. „Als ich die Zerstörung sah, stellte ich mir zwei Fragen“, erzählt Mendes. „Was haben wir falsch gemacht, um an diesen Punkt zu gelangen? Und was müssen wir tun, um zu verhindern, dass so etwas noch einmal passiert?“

Mendes, der vor über zwanzig Jahren noch unter dem früheren Präsidenten Fernando Henrique Cardoso zum Verfassungsrichter gewählt wurde und heute der dienstälteste Richter am Obersten Gerichtshof ist, sieht die brasilianische Demokratie nicht in Gefahr, vorläufig zumindest. Doch er glaubt, dass die Institutionen und damit die Demokratie wahrscheinlich Schaden erlitten hätten, wenn Bolsonaro an der Macht geblieben wäre. Bolsonaro sei in einem Moment der großen Ablehnung gegen die Politik gewählt worden, erklärt er und erwähnt die Korruptionsermittlungen im Skandal um den staatlichen Erdölkonzern Petrobras und mehrere brasilianische Baukonzerne, die ab 2014 mit einer weitreichenden Zerstörung des politischen Establishments einhergingen. Als Bolsonaro an die Macht gekommen sei, habe er den Staat militarisiert und die Sicherheitskräfte politisiert, sagt Mendes und spricht das Team von Generalen im Regierungspalast an, die zivile Ämter, Ministerien und wichtige Beratungspositionen einnahmen. Schließlich gelang es Bolsonaro, das Militär auch für die Überwachung des Wahlprozesses einzuspannen. Er begann, die Zuverlässigkeit des Wahlsystems und der elektronischen Wahlen anzuzweifeln, die immer zuverlässig und eine Quelle des brasilianischen Stolzes waren. Das Verteidigungsministerium unterstützte ihn dabei. „Das war ein Bedrohungsbild, das wir seit der Wiederdemokratisierung nie hatten“, sagt Mendes. „Wir haben Krisen erlebt. Es gab zwei Amtsenthebungen von Präsidenten. Doch alles blieb immer im Rahmen der institutionellen Normalität.“

Heute wissen die Brasilianer, dass die Wirren um die Wahl und danach nicht einfach das spontane Getöse frustrierter Fanatiker waren. Ermittlungen der Bundespolizei zeigen auf, dass eine Gruppe von damaligen Ministern und Beratern Bolsonaros sowie einzelne Militärs an einem Plan gearbeitet hatten, um Bolsonaro im Falle einer Wahlniederlage an der Macht zu halten. Die Diskreditierung des Wahlsystems sollte die Anhänger aufwiegen und eine Rechtfertigung für ihr Eingreifen schaffen. Ersteres gelang. Nach der Wahl demonstrierten landesweit Hunderttausende Brasilianer vor den Militäreinrichtungen des Landes gegen einen angeblichen Wahlbetrug und forderten eine Intervention der Armee. Für den zweiten Schritt hatte Bolsonaro ein Dekret vorbereitet, das den Ausnahmezustand im Obersten Wahlgericht, die Verhaftung dessen Vorsitzenden und die „Überprüfung“ des Wahlergebnisses vorsah. Zwei der damaligen Oberkommandeure der Armee sagten aus, dass Bolsonaro sie um Unterstützung angefragt habe. Ein dritter Kommandeur, der Chef der brasilianischen Marine, hatte Bolsonaro offenbar seine Kooperation angeboten. „Einige Segmente der Armee standen hinter ihm, wie wir heute wissen“, sagt Mendes. „Sie setzten auf das Chaos, das sie zum Eingreifen befugt hätte. Doch sie waren in der Minderheit. Ich glaube



Geschändete Gerechtigkeitsgöttin:
Ein Sicherheitsmann vor Brasilien
Obersten Gerichtshof am 10. Januar 2023, zwei Tage
nachdem ein Mob den Platz der
Drei Gewalten in Brasília verwüstet hatte.

Foto Reuters

Justitias scharfes Schwert

Brasiliens früherer Präsident Bolsonaro wollte trotz verlorener Wahl an der Macht bleiben. Er scheiterte – auch am Widerstand der Justiz.

Doch viele Brasilianer sehen die Richter nicht mehr als neutrale Instanz.

Von Tjerk Brühwiller, Brasilia

nicht, dass die Mehrheit der Bevölkerung einen Umsturz unterstützt hätte – auch nicht unter den Anhängern Bolsonaros.“

Die Ermittlungen gegen Drahtzieher der Geschehnisse laufen weiter, auch gegen Bolsonaro. Noch ist nicht abzusehen, zu welchen Ergebnissen sie führen und welche Konsequenzen sie nach sich ziehen werden. Von den Beteiligten des 8. Januars sitzen viele bis heute im Gefängnis, darunter bisher unbescholtene Bürger, die sich in den letzten Jahren radikalisiert hatten. In den vergangenen Wochen hat Bolsonaro an verschiedenen Orten seine Anhänger zusammengerufen, um die Mobilisierung aufrechtzuerhalten. Der frühere Präsident und seine verbliebenen Anhänger sehen sich als Opfer von politischer Verfolgung oder gar einer Verschwörung. Davon will Mendes nichts wissen. „Wir betrachten Verstöße gegen die demokratische Ordnung als schwere Verbrechen.“ Auch Brasilien kenne etwas wie gegen die wehrhaften Demokratie in Deutschland, sagt der an der Universität Münster promovierte Richter.

Das Land hat indes kein Organ wie den Verfassungsschutz. Die Kompetenzen liegen – wie so vieles andere – beim Obersten Gerichtshof, der seit der Einführung der Verfassung von 1988 gleichzeitig die oberste gerichtliche Instanz und Verfassungsgericht ist und der auch eigenmächtig Untersuchungen anstoßen kann. So eröffnete das Gericht 2019 die sogenannte Fake-News-Untersuchung, die bis heute läuft und hohe Wellen schlägt. Sie beruht auf einer internen Bestimmung des Gerichts, die besagt, dass Straftaten im oder gegen das Verfassungsgericht vom Gericht selbst untersucht werden können. „Wir verstanden, dass es an der Zeit war, in irgendeiner Form auf Desinformation und Attacken gegen die Demokratie und ihre Institutionen zu reagieren, die von den sozialen Medien ausgehen“, sagt Mendes.

Er nimmt ein Exemplar der brasilianischen Verfassung aus seinem prall gefüllten Bücherregal und legt es vor sich auf den Tisch. Schon vor der Militärdiktatur habe Brasilien eine abstrakte Normenkontrolle gehabt, erklärt er. „Aber nur der Generalstaatsanwalt konnte die Verfassungswidrigkeit eines Gesetzes geltend machen. Das war offensichtlich nicht ausreichend.“ Mit der Einführung der neuen Verfassung zwei Jahre nach der Rückkehr zur Demokratie wurde dieses Recht erweitert, sodass es heute verschiedenen Akteuren der Politik und der Gesellschaft möglich ist, Verfassungswidrigkeit vor den Obersten Gerichtshof zu bringen. „In Deutschland sagt man, wir sehen uns in Karlsruhe. Hier trifft man sich bei uns im Obersten Gerichtshof“, sagt Mendes. Das habe dem Gerichtshof ermöglicht, in kritischen Momenten zu handeln. „Wir sind dazu verpflichtet.“

Der Oberste Gerichtshof wurde in den vergangenen Jahren mehr denn je herausgefordert und erlangte dadurch eine Rolle, in der viele Brasilianer politische Einmischung sehen. Deutlich wurde das schon während der Pandemie, als Bolsonaro ein Dekret durchsetzen wollte, das Distanzierungsmaßnahmen verbietet. Das Gericht hielt dagegen und entschied,

dass die Zuständigkeit für die Maßnahmen bei den Bundesstaaten und Gemeinden liege, die die Verantwortung für das Gesundheitswesen tragen. „Wir hatten viele dieser Auseinandersetzungen“, sagt Mendes, und damit habe das Gericht eine Menge Unmut auf sich gezogen. Die Anhänger Bolsonaros hätten behauptet, dass wir die Regierung Bolsonaro daran hinderten, öffentliche Politik zu machen. Doch die Regierung habe nie eine öffentliche Politik vorgelegt, um auf die Pandemie zu reagieren. Selbst die Initiative für den Kauf von Impfungen sei vom Gericht ausgegangen. „Doch in den sozialen Netzwerken kursierten die Lügen, dass wir alles verhindert hätten. Zudem wurden dort auch angebliche Medikamente gegen Covid angepriesen. Da mussten wir eingreifen. Das war ein rein juristischer Eingriff und kein politischer, wie es viele darzustellen versuchten.“ Als sich die Attacken gegen das Gericht, die Institutionen und die Demokratie als solche in den digitalen Netzwerken zu mehren begannen, schritt das Gericht hart ein und machte auch vor Politikern sowie Influencern aus dem Dunstkreis Bolsonaros und selbst vor den damaligen Präsidentensöhnen keinen Halt. Zahlreiche Ermittlungen wurden eröffnet. Einzelne Personen wurden gar festgenommen.

Der Vorwurf der politischen Verfolgung durch den Obersten Gerichtshof wuchs im April 2021 zu einer Verschwörungstheorie an. Grund war das Urteil des Gerichts, die Korruptionsprozesse gegen den früheren und heutigen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva zu annullieren. Der Prozess gegen Lula und seine Verurteilung seien in einem Moment geschehen, in dem die Richter und Staatsanwälte im Zuge der Korruptionsermittlungen eine große Popularität erlangt, die Medien und weite Teile der Bevölkerung hinter sich hatten. „Sie nutzten ein politisches Vakuum und fühlten sich zu allem ermächtigt“, sagt Mendes. In diesem Kontext sei Lula verurteilt und verhaftet worden. Rückblickend bezeichnet Mendes die Ermittlungen und Prozesse als „die Mutter des Bolsonarismus“.

Der Richter zählte immer zu denjenigen, die die Exzesse in diesen Ermittlungen, den Machtmissbrauch, die Inhaftierungen und Kronzeugenregelungen kritisierten. Später stellte sich heraus, dass die Staatsanwälte und Richter, die diese Ermittlungen und Prozesse führten, sich abgesprochen hatten und politische Ziele verfolgten. Lulas Richter wurde nach Bolsonaros Wahl im Jahr 2018, von der Lula nach seiner Verurteilung ausgeschlossen war, zum Justizminister nominiert, andere wurden Abgeordnete und schlossen sich Bolsonaro an. Schließlich erklärte das Verfassungsgericht den Richter für befangen und hob die Prozesse gegen Lula da Silva auf. „Es war klar, dass Lula unter diesen Umständen nicht hätte verurteilt werden dürfen“, sagt Mendes. „Da gibt es keine Verschwörungstheorie.“

Im Bolsonaro-Lager sieht man das anders. Dort ist der Oberste Gerichtshof zum Feind geworden, den es zu bekämpfen gilt. Als Waffe dienen vor allem die sozialen Medien, in denen die Institution weiter diskreditiert und angegriffen wird. Die Richter reagieren mit harter Hand,

indem sie Konten blockieren lassen und drakonische Bußen aussprechen. Das Bolsonaro-Lager wirft dem Gericht nun vor, Zensur zu betreiben. Selbst Elon Musk, der Milliardär und Besitzer der Plattform X (früher Twitter), hat in den Chors derer eingestimmt, die den zuständigen Obersten Richter als Diktator bezeichnen. Er hat den Republikanern im amerikanischen Kongress auch unter Verschluss stehende Dokumente über die Aktionen der brasilianischen Justiz gegen X und dessen Nutzer zugespielt. Es habe in der Vergangenheit schon andere Konfrontationen gegeben, zum Beispiel mit Telegram, erinnert Mendes. „Wir verlangen lediglich, dass Unternehmen, die in Brasilien Dienstleistungen anbieten, brasilianisches Recht befolgen. Das ist alles.“ Das seien keine extravaganten Gesetze. In Brasilien gelte Meinungsfreiheit, doch Hassrede und Angriff gegen die Demokratie fielen nicht darunter, sagt Mendes. Bei der Revolte des 8. Januars 2023 seien die sozialen Medien missbraucht worden, um einen Putschplan voranzutreiben. „Das ist nur ein Beispiel, das verdeutlicht, dass es notwendig ist, die sozialen Medien zu regulieren“, sagt er. Mendes zählt zu den Verfechtern einer Regulierung der sozialen Medien. „Es darf nicht alles erlaubt sein“, sagt er. Den Anbietern müsse die Verantwortung übertragen werden. Ein entsprechender Gesetzentwurf, der sich stark an das deutsche Netzwerkdurchsetzungsgesetz anlehnt, liegt dem Kongress vor, doch dort stößt er auf Widerstand seitens der großen Technologiefirmen und von Teilen der Politik. Offenbar überlässt man die Regulierung lieber der Justiz, um nicht selbst Verantwortung übernehmen zu müssen.

Draußen hat es zu regnen begonnen. Der Platz der Drei Gewalten ist inzwischen dunkel gefärbt. Der Statue der Justitia vor dem Obersten Gerichtshof rinnt das Regenwasser über den Leib. Regungslos sitzt sie da, in Erwartung dessen, was auf Brasilien zukommen mag. Auf ihrem Schoß liegt das Schwert, von dem sie in den vergangenen Jahren so oft Gebrauch machen musste. Mendes, der schon seit über 20 Jahren Teil der höchsten gerichtlichen Instanz Brasiliens ist, wirkt nachdenklich, als er zu den Fragen zurückkehrt, die er sich nach dem 8. Januar im zerstörten Gerichtsgebäude gestellt hat. Es sei ein Fehler gewesen, die Zerstörung des politischen Establishments zugelassen zu haben, ist sein Schluss. „Wir wollten die Korruption bekämpfen und haben das politische System zerstört“, sagt er. Das habe die Wahl von Abenteurern wie Bolsonaro ermöglicht. Das politische System dürfe nicht verteuft, sondern müsse stetig verbessert werden. „Wir kommen an der Demokratie nicht vorbei. Und die Demokratie besteht nun mal aus Parteien und Politikern.“ Um eine Wiederholung des 8. Januars zu vermeiden, müsse Brasilien auch einen Blick auf die Rolle der Sicherheitskräfte werfen, die heute so politisiert seien wie nie. Es brauche eine klare Abgrenzung zwischen Armee und Politik. Sonst laufe Brasilien Gefahr, dass sich die Armee irgendwann für einen Machthaber auf ein Abenteuer einlasse. „Diesmal sind wir knapp daran vorbeigekommen.“